

Rekommunalisierung – Die Chancen stehen einmalig gut

Immer mehr Bürger setzen sich für den
Rückkauf privatisierter Dienstleistungen ein

Pat Christ

Bevor Güter der Daseinsvorsorge im vermeintlichen „Räderwerk der Freiheit“ vollends zerrieben werden, fordern Bürger sie zurück in öffentlicher Hand.

(Foto: Pat Christ)

Hunderte Städte, Gemeinden und Landkreise glaubten der Verheißung: Alles würde besser, würden sie ihre Kommunalbetriebe und Dienstleistungen verkaufen oder zumindest Betreiberverträge eingehen. Der von Radikalkapitalisten wie David D. Friedman als „Räderwerk der Freiheit“ propagierte Privatisierungswahn hielt jedoch nicht, was er versprach. Preise und Gebühren stiegen. Der Service verschlechterte sich. Prekäre Arbeitsverhältnisse breiten sich aus.

Das betrifft die Abfallentsorgung ebenso wie Wasser und Abwasser oder die Energieversorgung. Weil kaum irgendwo etwas besser, hingegen vieles schlechter wurde, wird versucht, den sich als Irrweg entpuppenden, vermeintlichen Ausweg aus kommunalen Finanzdilemmata wieder rückgängig zu machen. Was gar nicht so einfach ist. Politische Mehrheiten und Unterstützer wie Bürgerinitiativen, Gewerkschaften oder Personalräte müssen gefunden, rechtliche Detailfragen eines Rückkaufs oder einer Rückübertragung abgeklärt werden.

Die zunächst wichtigste Frage, die sich am Beginn jedes Re-kommunalisierungsprozesses stellt, lautet, warum Nahverkehr, Schwimmbad, Bücherei, Gas und Strom unbedingt in Bürgerhand gehören müssen. Aus humanwirtschaftlicher Sicht ist die Antwort eindeutig: Jedem und jeder soll unabhängig von seinem Einkommen und seiner sozialen Stellung zugänglich sein, was unter den Begriff „Daseinsvorsorge“ fällt. Als „öffentlich“ deklarierte Güter müssen erreichbar und sie müssen bezahlbar sein, damit eine Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen „Wir“ möglich wird. Profiterwartungen, wie sie von privaten Anbietern selbstverständlich gehegt werden, müssen definitiv ausgeschlossen sein.

Energieversorgung technisch optimieren



Öffentliche Güter in Bürgerhand bedeuten, Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Ort, faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen sowie eine stabile regionale Wertschöpfung. Im Falle von Energieversorgungen, ergänzt Dr. Burghard Flieger, Vorstand der Genossenschaft „Energie in Bürgerhand“ (EiB), kann es außerdem zu einer technischen Optimierung mit dem Ziel einer hoch-effizienten, ökologischen Stromerzeugung kommen. Dies will die EiB zum Beispiel bei den Stadtwerken Energie Jena-Pößneck GmbH erreichen. Anfang der 1990er Jahre wurde die zu 30 Prozent privatisiert. Zehn Prozent gingen an E.ON. Ein Teil der E.ON-Anteile soll nun von Bürgern gekauft werden.

Laut Burghard Flieger täte die Politik auf allen Ebenen gut daran, den Bürgern gerade jetzt durch Unterstützung von Projekten der Re-kommunalisierung und einer genossenschaftlichen Privatisierung ein Signal zu geben: „Wir nehmen euch ernst!“ Skandale wie Stuttgart 21 schüren nach den Beobachtungen des Genossenschaftsfans Misstrauen in Parteien und Politik bis hin zu Wut gegenüber politisch Verantwortlichen und einem als nicht mehr demokratisch erlebten System. Immer mehr Bürger möchten weg vom Privatisierungswahn und neu in die lokale Wertschöpfung einsteigen, beobachtet Flieger. Dass jetzt viele Netzkonzessionen auslaufen, biete einmalige Chancen.

Durch öffentliche Güter in der Hand von Bürgerinnen und Bürger können abgesenkte Qualitäts- und Sicherheitsstandards wieder angehoben werden. Kommunale Parlamente haben die Möglichkeit, per Satzung zu regeln, welche Mitbestimmungsrechte Vertreter von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben. Wobei dies, zugegeben, den Idealfall darstellt. Weil auch Kommunen sparen, wo sie nur können, wird bei Re-kommunalisierung nicht zwangsläufig zum Zeitpunkt vor der Privatisierung zurückgekehrt. Was wiederum für genossenschaftliche Lösungen spricht. Die gab es im Übrigen in der Weimarer Republik zuhauf, sagt Burghard Flieger. Allein 6.000 Elektrizitätswerke waren damals genossenschaftlich organisiert: „Sie trieben die Elektrizitätsversorgung auf dem Lande voran.“ Heute wird nur noch ein margi-

naler Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge von Genossinnen und Genossen verantwortet und kontrolliert. Im Sektor Energieversorgung gibt es einzig das EWS im baden-württembergischen Schönauburg, wo eine Bürgerinitiative gegen erhebliche Widerstände des damaligen Regionalversorgers „Kraftübertragungswerke Rheinfelden“ das Stromnetz erwarb.

„Hier konnten die Stadtwerke zurückgekauft werden, weil die Menschen so solidarisch waren“, kommentiert Flieger. Umgerechnet fast drei Millionen Euro mussten die Schönauburger 1997 für den Rückkauf zahlen. Sie taten dies, zogen aber gleichzeitig wegen der Kaufhöhe vor Gericht. Jahrelang setzten sie sich gerichtlich auseinander, dann endlich stellte sich der Erfolg ein: Ein Gutachten bestätigte 2005, dass der Wert des Schönauburger Netzes nur bei umgerechnet rund 1,8 Millionen Euro liegt. Etwa 50.000 Menschen beziehen heute Strom von den Schönauburger Elektrizitätswerken. Über 750 neue Anlagen zur ökologischen Stromerzeugung wurden von der Genossenschaft „Netzkauf EWS eG“ realisiert.

Schönauburg gehört Flieger zufolge zu den noch wenigen, vorbildlichen Transaktionen unter dem Stichwort „Rekommunalisierung.“ Dass nicht mehr geschieht in Sachen Rückkauf öffentlicher Aufgaben und Dienste, liegt nach seinen Analysen nicht zuletzt an der kommunalen Politik: „Oft ist es in den Parlamenten so, dass das, was die eine Partei will, rein aus politischen Machtkämpfen von der Opposition zu verhindern versucht wird.“

Wie im Fall Schönauburg können schließlich Gutachten bei der Umwandlung privatisierter Unternehmen oder Infrastrukturen in neuerlich öffentliche Betriebe oder Dienstleistungen in Bürgerhand erhebliche Probleme bereiten. Die von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften erstellten Ertragswertgutachten sind für Burghard Flieger alles andere als objektiv: „Der Unterschied im Rückkaufspreis kann bei 30 bis 40 Prozent liegen. Es geht also um Millionenbeträge, die am Ende die Bürger aufgedrückt bekommen.“

Freshfield treibt Privatisierung voran



Für den Privatisierungskritiker Werner Rügemer ist empörend, dass die Bundesregierung, allen voran das Verkehrsministerium des Bundes, trotz zahlreicher negativer Erfahrungen mit Privatisierung weiter am Ausverkauf der öffentlichen Güter festhält. „Man forciert den Bau privater Autobahnabschnitte durch Public Private Partnership“, kritisiert der Publizist, der in seinem Buch „Heuschrecken im öffentlichen Raum“ auf die Verpfändung von PPP-Verträgen, Softkosten der Privatisierung und Statistiktricks verweist. Zehn Jahre werden es heuer im August, dass das Verkehrsministerium sein PPP-Konzept vorlegte. Verfasst wurde es von Price Waterhouse Coopers und der Kanzlei Freshfields.

Zu den vorbildlichen kleinen Widerständlern gegen den Privatisierungswahn gehört für Rügemer die Wählergemeinschaft „Mülheimer Bürgerinitiativen“, die inzwischen einen beachtlichen Stimmenanteil von 13 Prozent erreicht und acht Stadtverordnete im Rat hat. „Mülheim bleibt unser“ heißt die Anti-Privatisierungs-Initiative an der Ruhr. Erfolgreich verlief 2005 ein Bürgerentscheid zu der Frage: „Soll die Stadt Mülheim es in Zukunft unterlassen, bei der Gründung neuer bzw. Änderung bestehender Gesellschaften im Bereich der Daseinsvorsorge (...) Geschäftsanteile an Private zu übertragen?“ Mehr als 20 Prozent der Bürger sagten „Ja“, wodurch das Quorum erreicht wurde.

Froh über viele mutige Initiativen gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums weist Rügemer gleichzeitig darauf hin, dass nicht alles, was unter dem Stichwort „Rekommunalisierung“ firmiert eine positive Zielrichtung hat. Wenn mehrere Kommunen zusammen ihr Stadtwerke zurückzukaufen, um konzernähnliche Strukturen für eine „konkurrenzfähige“ Energieversorgung zu bilden, ist dies genau nicht im Sinne des Erfinders. Eine Rückführung in kommunale Verantwortung müsse mit einer Demokratisierungsinitiative einhergehen, fordert der Berater.

Transparente Gestaltung von Preisen



Durch enge Anbindung an die Politik sollen Bürgerinnen und Bürger die Chance erhalten, bei der Ausgestaltung von Leistungen und der Gestaltung von Preisen größere Transparenz durchzusetzen. „Es besteht jedoch kein Automatismus“, warnt der „Leitfaden Rekommunalisierung“ der Partei Die Linke: „Oft muss eine bessere Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger hart erkämpft werden.“ Demokratische Kontrolle dürfe nicht allein den Kommunalpolitikern überlassen werden.

„Erfahrungen mit Mauscheleien und ‚Parteibuchwirtschaft‘ zeigen, dass eine öffentliche Rechenschaftspflicht und eine direkte Kontrolle durch die Bürger auch bei kommunalen Unternehmen notwendig ist“, so die Verfasser des Leitfadens weiter. Manchmal müsse dies auch gegen den Widerstand von Stadträten durchgesetzt werden.



HUMANE
WIRTSCHAFT

Zur Autorin
Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg. Seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig. Schwerpunkte: Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.